

08.08.2008 | Nr. 286/08

Susanne Herold: Eine offene und sachliche Diskussion bei der Schulreform führen

Zu dem heutigen Interview der Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave in den Kieler Nachrichten erklärt die bildungspolitische Sprecherin der schleswig-holsteinischen CDU-Landtagsfraktion, Susanne Herold:

„Wenn Frau Erdsiek-Rave an unsere Adresse erklärt, eine Rückabwicklung der Gemeinschaftsschule werde die SPD nicht zulassen, verkennt sie, dass sich die Gemeinschaftsschule in der Praxis schon selbst in der Rückabwicklung befindet.“

Bereits jetzt zeige sich, dass die Gemeinschaftsschule ihr eigenes pädagogisches Konzept, nämlich eine Schule für alle Schülerinnen und Schüler zu sein, nicht erfülle. An allen Gemeinschaftsschulen im Land hätten sich bisher nahezu ausschließlich haupt- und realschulempfohlene Schülerinnen und Schüler angemeldet.

Auch ihrem Anspruch, einen binnendifferenzierten Unterricht in verschiedenen leistungsbezogenen Anforderungsebenen zu bieten, könne die Gemeinschaftsschule offensichtlich in der Praxis nicht umsetzen. „Da Frau Erdsiek-Rave jetzt schon feststellt, dass der Einsatz einer zweiten Lehrkraft an den Gemeinschaftsschulen flächendeckend gar nicht möglich sein wird, sollte auch sie den Mut haben, darüber nachzudenken, ob so eine gute Bildung für unsere Kinder zukünftig gewährleistet werden kann“, betonte Herold. Die bildungspolitische Sprecherin warnte gleichzeitig vor einer bundesweiten Isolation Schleswig-Holsteins, wenn es nur ein zweigliedriges System aus Gymnasien und Gemeinschaftsschulen gäbe. „Man muss auch sehen, dass die Regionalschule bereits in zehn anderen Bundesländern erfolgreich praktiziert wird. Wir können also auf positive Erfahrungswerte zurückgreifen und auch in Schleswig-Holstein eine gute Bildungsqualität garantieren“, so Herold.

Sie plädierte dafür, nach einer gewissen Einführungsphase eine Bilanz zu ziehen und nach sachlichen Gesichtspunkten zu überprüfen, was von der Schulreform machbar und pragmatisch umsetzbar sei. Von einem ideologischen Wettbewerb zwischen Regional- und Gemeinschaftsschule, wie die Sozialdemokraten ihn führen, halte sie nichts. „Wir wollten uns doch vielmehr von diesen ideologischen Grabenkämpfen verabschieden und im Sinne guter Bildungsqualität für unsere Schülerinnen und Schüler sachlich auseinandersetzen. Bildung ist ein aktiver, komplexer und nie abgeschlossener Prozess“, so Herold abschließend.